

63763-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Multimediaausrüstung – Ersatzbeschaffung Projektions- und Raumsteuerungssystem (PRS) für einen Vortragsraum in der Bundesanstalt für Wasserbau am Standort Karlsruhe

OJ S 19/2026 28/01/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Lieferleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

E-Mail: ausschreibung@baw.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ersatzbeschaffung Projektions- und Raumsteuerungssystem (PRS) für einen Vortragsraum in der Bundesanstalt für Wasserbau am Standort Karlsruhe

Beschreibung: Die BAW beabsichtigt, das Projektions- und Raumsteuerungssystem im „Visualisierungs- und Informationszentrum“ (PRS) in Halle IV der BAW in Karlsruhe nach fast 10 Betriebsjahren auf den neuesten technischen Stand zu bringen und die bestehenden medientechnischen Komponenten zu erneuern. Im Bereich der Mediensteuerung soll eine intuitive Nutzbarkeit der Anlage für definierte Standardanforderungen geschaffen werden und darüber hinaus auch spezielle Nutzungsanforderungen abgebildet werden können. Das derzeit bei der BAW in Halle IV vorhandene PRS besteht aus verschiedenen Komponenten aus den Bereichen Audio und Video sowie Informationstechnik. Eine Besonderheit des PRS ist der Einsatz einer etwa 6,5 x 2,5 m großen Rückprojektionsfläche. Diese soll durch eine ähnlich große LED-Wand ersetzt werden. Das PRS wird im Rahmen von Veranstaltungen mit 10 bis 199 Teilnehmern von allen Abteilungen der BAW genutzt. Dabei handelt es sich vor allem um folgende Veranstaltungsarten: einfache Vortragsveranstaltungen; mehrtägige Kolloquien bzw. Konferenzen; Mitarbeiterversammlungen, Hybride Veranstaltungen. Neben der Standardsituation "Vortrag" kommen dabei auch besondere Nutzungsarten zum Einsatz: großflächige Darstellung von Abbildungen oder Bildsequenzen aus der Anwendung von numerischen und physikalischen Modelluntersuchungen in der BAW; Realisierung von In-house Streaming von Bild und Ton über einen oder mehrere Kanäle. Die Anlage muss sowohl von BAW eigenem Personal als auch von externen Dozenten bedient werden können. Bei den genannten Veranstaltungen dient die Halle IV auch als Repräsentationsraum für die BAW.

Kennung des Verfahrens: d22b9808-6ae9-4d6f-9cd5-d631a16fd9a5

Interne Kennung: BAW 05/2026 PRS

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 32322000 Multimediaausrüstung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32350000 Teile für Ton- und Videoanlagen, 32321200

Audiovisuelle Geräte, 32321300 Audiovisueller Bedarf, 32322000 Multimediaausrüstung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kußmaulstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76187

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Halle IV am Standort Kußmaulstraße 17

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Diese Ausschreibung erfolgt in einem europaweiten Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach § 14 Abs. 3 Nr. 1 und 2 VgV.

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch i.V.m. § 335a StGB (ausländische und internationale Beschäftigte), - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Betrug: - Betrug (§ 263 StGB) und Subventionsbetrug (§ 264 StGB), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB). - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: - Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) - Mitgliedschaft in einer kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: - Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB) oder Anstiftung oder Beihilfe zur - Terrorismusfinanzierung (§ 26 bzw. § 27 i.V.m. § 89c StGB), - Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden (sollen), eine schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen, - Geldwäsche (§ 261 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: - Menschenhandel (§§ 232 und 233 StGB), - Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es wird erklärt, dass

- keine Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden könnte, - keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens einbezogen war bzw. eine denkbare Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren beseitigt werden kann, - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und keine mangelhafte Erfüllung zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat und dass es in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, und c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten und nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: - Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), - Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), - Beantragte, laufende insolvenzverfahren oder vergleichbares eröffnet wurde, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Sofern nachfolgend nicht anders angegeben, erkläre(n) ich/wir, dass weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der unten genannten Straftaten oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden bin/sind/ist und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist: - Diebstahl (§ 242 StGB), - Unterschlagung (§ 246 StGB), - Erpressung (§ 253 StGB), - Betrug (§ 263 StGB), - Subventionsbetrug (§ 264 StGB), - Kreditbetrug (§ 265b StGB), - Untreue (§ 266 StGB) - Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB), - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), - Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), - Brandstiftung (§ 306 StGB), - Baugefährdung (§ 319 StGB), - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), - illegale Ausländerbeschäftigung (§ 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 SGB III), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen.

Zahlungsunfähigkeit: - Liquidation muss vorliegen, siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: - Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), siehe hierzu Formblatt 133/333 b der Ausschreibungsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Ersatzbeschaffung Projektions- und Raumsteuerungssystem (PRS) für einen Vortragsraum in der Bundesanstalt für Wasserbau am Standort Karlsruhe

Beschreibung: Die BAW beabsichtigt, das Projektions- und Raumsteuerungssystem im „Visualisierungs- und Informationszentrum“ (PRS) in Halle IV der BAW in Karlsruhe nach fast 10 Betriebsjahren auf den neuesten technischen Stand zu bringen und die bestehenden medientechnischen Komponenten zu erneuern. Im Bereich der Mediensteuerung soll eine intuitive Nutzbarkeit der Anlage für definierte Standardanforderungen geschaffen werden und darüber hinaus auch spezielle Nutzungsanforderungen abgebildet werden können. Das derzeit bei der BAW in Halle IV vorhandene PRS besteht aus verschiedenen Komponenten aus den Bereichen Audio und Video sowie Informationstechnik. Eine Besonderheit des PRS ist der Einsatz einer etwa 6,5 x 2,5 m großen Rückprojektionsfläche. Diese soll durch eine ähnlich große LED-Wand ersetzt werden. Das PRS wird im Rahmen von Veranstaltungen mit 10 bis 199 Teilnehmern von allen Abteilungen der BAW genutzt. Dabei handelt es sich vor allem um folgende Veranstaltungsarten: einfache Vortragsveranstaltungen; mehrtägige Kolloquien bzw. Konferenzen; Mitarbeiterversammlungen, Hybride Veranstaltungen. Neben der Standardsituation "Vortrag" kommen dabei auch besondere Nutzungsarten zum Einsatz: großflächige Darstellung von Abbildungen oder Bildsequenzen aus der Anwendung von numerischen und physikalischen Modelluntersuchungen in der BAW; Realisierung von In-house Streaming von Bild und Ton über einen oder mehrere Kanäle. Die Anlage muss sowohl von BAW eigenem Personal als auch von externen Dozenten bedient werden können. Bei den genannten Veranstaltungen dient die Halle IV auch als Repräsentationsraum für die BAW.

Interne Kennung: BAW 05/2026 PRS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen
Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 30211100 Supercomputer

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kußmaulstraße 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76187
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: Halle IV am Standort Kußmaulstraße 17

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 25/05/2026
Enddatum der Laufzeit: 21/09/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Sofern die Ausschreibung nach zeitlich geplanten Ablauf erfolgt, besteht die zwingende Lieferfrist bis 04.08.2026, Aufbau der neuen Komponenten 10.08.2026 bis 20.08.2026, Erklärung der Betriebsbereitschaft durch den Auftragnehmer: bis 31.08.2026,

Abnahme durch den Auftraggeber: bis 21.09.2026, im Anschluss folgt der Servicevertrag über 5 Jahre (siehe Ausschreibungsunterlagen), Der Bewerber muss in der Lage sein, während der angedachten Vertragslaufzeit, fachlich qualifiziertes Personal innerhalb von 1,5 Stunden (an Wochentage von 7-19 Uhr) am Standort der BAW Karlsruhe für Serviceleistungen abzustellen. Dies hat der Bewerber nachzuweisen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Produktinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bei Bewerbungsgemeinschaften ist es ausreichend, wenn nur ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft die nachfolgenden Unterlagen einreicht: a) Eigenerklärung mit Angabe der Gesamtumsätze der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, möglichst durch Jahresabschlüsse und Prüfberichte belegt; b) Eigenerklärung mit Angabe der Umsätze der letzten drei Geschäftsjahre mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Die Bewerber geben die vorgenannten Erklärungen durch Ausfüllen und Einreichen des Formblatts ab, welches Ihnen via eVergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird. Es bleibt den Bewerbern unbenommen, Referenzen vorzulegen, die länger als drei Jahre und bis zu fünf Jahre zurückliegen. Der Auftraggeber wird diese Referenzen berücksichtigen, soweit dies erforderlich ist, um ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen. Die Bewerber geben die vorgenannten Erklärungen durch Ausfüllen und Einreichen der entsprechenden Formblätter der Anlagen "Eigenerklärung zur Eignung (EU)_133_333b-L", "Erklärung zur IT-Sicherheit (FB 422)", "Eigenerklärung VO 2022-833_BMWK ", welches ihnen via eVergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird, sowie im Bereich Referenzen zusätzlich durch Einreichen einer selbstgefertigten Anlage ab. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: (bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied, bei Nachunternehmer von jedem Nachunternehmer): a) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine zwingenden Ausschlussgründe im Sinne des § 123 GWB vorliegen; b) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine fakultativen Ausschlussgründe im Sinne des § 124 GWB vorliegen; c) Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle) oder ein vergleichbares Register des Herkunftslandes. Die Bewerber geben die vorgenannten Erklärungen durch Ausfüllen und Einreichen der Formblätter Anlagen "Eigenerklärung zur Eignung (EU)_133_333b-L", "Erklärung zur IT-Sicherheit (FB 422)", "Eigenerklärung VO 2022-833_BMWK " ab, welches ihnen via eVergabe-Plattform zur Verfügung gestellt wird.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Eigenerklärung mit Angabe der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Unternehmens und der Zahl seiner Führungskräfte für die letzten drei Geschäftsjahre; b) Eigenerklärung mit Angabe von Referenzen über in den letzten

drei Jahren deutschland- oder europaweit erbrachten Leistungen, die mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Lieferung, Installation und Instandhaltung von Hochleistungsrechnern mit mindestens Los 1: 40.000 bzw. Los 2: 6.000 Cores bzw. CPU Kernen), unter Nennung der konkret erbrachten Leistung mit Angabe der Auftragssumme, des Auftraggebers, der Leistungsart (installiertes System) laut Herstellerbezeichnung, Systemparameter (Anzahl Racks, Typ und Anzahl CPUs, Anzahl Cores, Typ des internen Netzwerks, Kapazität Hauptspeicher, Typ und Kapazität Massenspeicher, Netzwerkanbindung, Klimatisierung) und der Leistungszeiträume sowie der Referenzen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Bewertung der Angebote erfolgt mittels verfeinerter Multifaktorenmethode in Anlehnung an die Unterlage für die Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (vgl. www.cio.bund.de zur UfAB 2018). Für die Bewertung aller anderen Kriterien gilt, dass jeweils der Bieter mit der höchsten Leistung bezogen auf das jeweils betrachtete Einzelkriterium 10 Punkte erhält. Die Vergabe der Punkte für die weiteren Bieter erfolgt entsprechend des prozentualen Verhältnisses zwischen der im Angebot enthaltenen Leistung eines jeden Bieters und der Leistung des Bieters mit der besten Leistung. Weitere Details sind in der Ausschreibungsunterlage der Anlage "00_Rahmendokument" erläutert. Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Die Bewertung der Angebote erfolgt mittels verfeinerter Multifaktorenmethode in Anlehnung an die Unterlage für die Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (vgl. www.cio.bund.de zur UfAB 2018). Für die Bewertung aller anderen Kriterien gilt, dass jeweils der Bieter mit der höchsten Leistung bezogen auf das jeweils betrachtete Einzelkriterium 10 Punkte erhält. Die Vergabe der Punkte für die weiteren Bieter erfolgt entsprechend des prozentualen Verhältnisses zwischen der im Angebot enthaltenen Leistung eines jeden Bieters und der Leistung des Bieters mit der besten Leistung. Weitere Details sind in der Ausschreibungsunterlage der Anlage "00_Rahmendokument" erläutert.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 17/02/2026 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=832852>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: eVergabe Plattform des Bundes

URL: www.evergabe-online.de

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe
Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 02/03 /2026

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich

Beschreibung: In das Formblatt Anlage "Eigenerklärung zur Eignung (EU)" (Formblatt 133 /333b-L/F) müssen die Bewerber, die in dieser Bekanntmachung geforderten Informationen eintragen. Weiteren Informationen, die mit diesem Formblatt abgefragt werden, muss der Bewerber nicht angeben. Die Formblätter "Erklärung zur IT-Sicherheit (FB 422)" und "Eigenerklärung VO 2022833_BMWK " sind ebenso von allen Bewerbern (bei Bewerbergemeinschaften) und allen Nachunternehmern (bei Nachunternehmerleistungen/ Eignungsleihen) einzureichen. Mit Vertragsabschluss ist außerdem die "Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung gemäß § 11 BDSG" vertraglich vereinbart.

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=832852>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/02/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: 1) Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich elektronisch über die elektronische Vergabe-Plattform des Bundes „e-Vergabe“ (www.evergabe-online.de) einzureichen. Dazu ist die Registrierung auf der eVergabe-Plattform unter <http://www.evergabe-online.de> notwendig. Die Anforderungen finden Sie unter www.evergabe-online.info (Nutzungsvoraussetzungen für Unternehmen). 2) Alle weiteren Informationen und Unterlagen in diesem Verfahren erhalten die Bewerber/Bieter ausschließlich über die eVergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de). 3) Auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) stehen den Bietern sämtliche Informationen und Formblätter zur Verfügung, die sie für die Einreichung eines Teilnahmeantrages benötigen (Teilnahmeunterlagen mit anliegenden Formblättern und weiteren Unterlagen). Der Teilnahmeantrag ist unter Berücksichtigung dieser Informationen und unter Verwendung der bereitgestellten Formblätter einzureichen. 4) Der Auftraggeber kommt den Vorgaben aus § 41 i. V.m. § 29 VgV dadurch nach, dass er mit der Bekanntmachung die Bewerbungsbedingungen für den Teilnahmewettbewerb, weitere Informationen zum Vergabeverfahren sowie insbesondere die Zuschlagskriterien der ersten Kategorie nebst Gewichtung zur Verfügung stellt. Diese Unterlagen umfassen alle Angaben, die erforderlich sind, um den Bewerbern eine Entscheidung zur Teilnahme an den Verhandlungsverfahren zu ermöglichen. Da der Auftraggeber vorliegend ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, ist § 41 VgV einschränkend auszulegen. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen weitere Unterlagen noch nicht abschließend fest. Die weiteren Vergabeunterlagen, insbesondere den Entwurf der Leistungsbeschreibung, erhalten die Bewerber, die im Teilnahmewettbewerb für das weitere Verhandlungsverfahren ausgewählt werden, mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe. Ziel des Verhandlungsverfahrens ist es, die konkreten Anforderungen an die Leistung mit den Bietern gemeinsam im Rahmen eines dynamischen Prozesses zu konkretisieren. Aus diesem Grund können sich auch die mit der Bekanntmachung bereitgestellten Unterlagen im Laufe des Verfahrens noch ändern. 5) In das Formblatt Anlage "Eigenerklärung zur Eignung (EU)" (Formblatt 133 /333b-L/F) müssen die

Bewerber die in dieser Bekanntmachung geforderten Informationen eintragen. Weiteren Informationen, die mit diesem Formblatt abgefragt werden, muss der Bewerber nicht angeben. Die Formblätter "Erklärung zur IT-Sicherheit (FB 422)" und "Eigenerklärung VO 2022833_BMWK " sind ebenso von allen Bewerbern (bei Bewerbergemeinschaften) und allen Nachunternehmern (bei Nachunternehmerleistungen/ Eignungsleihen) einzureichen. 6) Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (siehe Bekanntmachung) auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (z.B. auf einen Nachunternehmer oder ein konzernverbundenes Unternehmen) berufen (sog. Eignungsleihe). Auf Anforderung des Auftraggebers muss der Bewerber durch eine Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm dessen Kapazitäten im Auftragsfall tatsächlich zur Verfügung stehen. Bewerber fügen in diesem Fall die Formblätter 392-L/F und 393-L/F ihrem Teilnahmeantrag bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die

Bildung einer Bietergemeinschaft ist nur bis zur Abgabe des Teilnahmeantrags möglich.

Bewerber fügen in diesem Fall das Formblatt 401-L/F ihrem Teilnahmeantrag bei. Die Abgabe von Angeboten durch Bietergemeinschaften ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter zulässig.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen. Die Einlegung von Rechtsbehelfen richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen, nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist aus Ziffer IV.2.2) beim Auftraggeber zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Organisation, die Angebote bearbeitet: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, dieses wiederum vertreten durch die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW)

Registrierungsnummer: Leitweg-ID 991-04361-66

Abteilung: Zentraler Service Vergabestelle der Bundesanstalt für Wasserbau

Postanschrift: Kußmaulstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76187

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: ausschreibung@baw.de

Telefon: 072197260

Internetadresse: <http://www.baw.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.evergabe-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: <https://www.bundeskartellamt.de/>

Abteilung: Vergabekammer des Bundes

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +4922894990

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 13fc77fb-8154-4086-bdef-448c02972938 - 03

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/01/2026 18:03:56 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 63763-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 19/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/01/2026